

der deutsch-
en Partei.
ammlung
ar, abends 8 Uhr,
nen - Freundinnen
der Vorstand.

en
nn
B
-Witbad

nde!
Badischen Hof"
einem Vorge-
enzen, können
us bürgerlichen
ng anschließend.
rl. Fiesl Stroh,
is, Bahnhofstr.

lehrer, Stuttgart.

ann Munz
schoffstr. 496
n-Kleider
gener Kleider
ernommen.

kerrei-
en.
r Nr. 21.
utter
rung
in jeweils

erholz
f, gesunde, handels-
u. spätere Lieferung
u. t.
H., Holzhdg.,
Nr. 684.

la 210.— Mk.,
la 250.— Mk.,
la 185.— Mk.,
225.— Mk.,
350.— Mk.,
54 160.— Mk.
b's An- und Ver-
e 52.

en.
tag habe ich

trächtige
albinen
d Rüche
Berkauf stehen,
aber lade ich

Feinsprecher
Nr. 3.



Nr. 21.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang

Erscheinungsweise: Once wöchentlich, Anzeigenpreis: Die vierteljährliche Seite Mk. 1.—
Verleger: Nr. 3 — Auf Sammelbestellungen kommt ein Zuschlag von 10% — Fernspr. 3.

Donnerstag, den 26. Januar 1922.

Bezugspreis: In der Stadt mit Tragereisen Mk. 24.— vierteljährlich, Postzusatz
preis 20.— mit Tragereisen. — Entzug der Anzeigenannahme 2 Tage vorwärts.

Neueste Nachrichten.

Die Verhandlungen der Regierungsparteien untereinander und mit der Deutschen Volkspartei, sowie mit dem bayerischen Zentrum, haben zu einem Kompromiß geführt, nach dem eine einmütige Zwangsanleihe im Betrage von 40 Milliarden Papiermark zur Deckung des Etats für 1922 erhoben und dafür auf die Einziehung des zweiten Drittels des Reichsnotopfers verzichtet werden soll. Die Mehrheitsfraktionen hätten dem Vorschlag zustimmen, wodurch eine überwiegende Mehrheit für die Steuervorlagen vorhanden wäre.

Die Konferenz von Genua will man anscheinend in unbestimmte Ferne verschieben, weil die Amerikaner die Verhältnisse in Russland noch nicht für genügend geklärt halten, und weil sie angeblich den französischen Militarismus den Absichten der Konferenz als zuwiderlaufend betrachten.

Die Vorbereitungen der Entente für Genua.

Der dramatische Abbruch der Verhandlungen in Cannes durch die Provokation der Kabinettskrise in Frankreich hat taktische Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten hinsichtlich der Behandlung Deutschlands sichtbar werden lassen. Wir möchten hier besonders betonen, daß es sich keineswegs um tiefergehende Konflikte innerhalb der Siegerstaaten handeln kann, das zeigt die Fortsetzung der englisch-französischen Bündnisverhandlungen ganz klar, und wir möchten auch gleich unserer stets vertretenen und immer wieder bestätigten Auffassung wiederholt Ausdruck geben, daß in absehbarer Zeit u. a. überhaupt mit keinerlei Erhaltung der Beziehungen der Siegerstaaten zu rechnen ist, vor allem aber nicht mit einer g r u n d s ä t z l i c h e n Meinungsverschiedenheit in bezug auf die Behandlung Deutschlands. Aber das Maß und die Wege zur Ausprägung und fortwährenden Knebelung Deutschlands mögen Streitigkeiten sekundären Charakters entstehen, weil auf französischer Seite die Vernichtungspolitik offen oder versteckt fortgesetzt wird, und weil man in London und Washington das „moralische“ Ansehen wie üblich gewahrt, womöglich noch verstärkt wissen möchte, aber das Streben der Entente, mit Einschluß Amerikas natürlich, nach dauernder Niederhaltung des deutschen Volkes bleibt unentwegt bestehen, solange nicht eine Veränderung der Machtverhältnisse die eine oder andere Partei zu wirklichen Konzessionen an Deutschland zwingt.

Der brüste Abbruch der Verhandlungen in Cannes durch Frankreich im Augenblick der Ankunft der deutschen Sachverständigenvertretung zeigt, daß die Franzosen den Eindruck der Erklärungen Rathenaus auf den Obersten Rat nicht wirksam werden lassen wollten. Deshalb parierten sie den Schachzug Lloyd Georges, der auf eine Regelung der Reparationen nach dem Maße der deutschen Leistungsfähigkeit hinausging, und damit auf Behinderung des französischen Drohkriegs, das begreiflicherweise eine Gefundung der Wirtschaft in Europa nicht aufkommen läßt. In diesem Sinne muß man auch Lloyd George's große Rede vom letzten Samstag deuten, als er sagte, „der Geschäftsmann gehe bei schlechtem Wetter nicht ins Freie, zunächst müsse er klaren Himmel sehen, dann werde er Vertrauen haben, und zum — Missionar des Friedens werden.“ England wie Amerika brauchen heute freie Bahn für ihre Volkswirtschaft, denn erstens haben sie eine Masse Waren aufgestapelt, die sie wegen der deutschen Konkurrenz und der niedrigen Valuta in den meisten Verbrauchsländern nicht los werden und zweitens haben sie Millionen von Arbeitslosen, die unterstützt werden müssen, und die immer eine Gefahr bilden. Frankreich hat es dagegen besser. Es hält sich ein Herr von annähernd einer Million, an dessen Kosten Deutschland bezahlen muß, und es will vor allem durch geldliche und sachliche Reparationszahlungen seinen Staatshaushalt balancieren. Darin haben wir die augenblicklichen Gegensätze zwischen England und Frankreich zu erblicken. Die U-Bootsfrage ist u. a. für Frankreich lediglich Druckmittel gegenüber den Angelsachsen, um auf andern Gebieten, namentlich aber hinsichtlich Deutschlands, größere Zugeständnisse zu erhalten.

Auf dieser Basis der Austragung der verschiedenen Interessenkonflikte werden auch die Bündnisverhandlungen geführt. Was man von diesen Verhandlungen zu hören bekommt, ist natürlich nur ein kleiner Auszug der vorliegenden Probleme. Wenn es sich lediglich um einen Schutzvertrag gegenüber einem künftigen Angriff Deutschlands handeln würde, dann wäre dieses Abkommen ja nichts weiter als ein heuchlerisches Possenspiel. Der „Pakt“ soll aber den faktischen Niederschlag des Sieges der beiden Hauptmächte in Europa darstellen, und deshalb werden nicht nur die deutsche Frage, sondern sämtliche Probleme der Weltpolitik in diesem Vertrag verarbeitet werden.

Ueber die Verteilung der Interessengebiete im Orient scheint man schon beinahe zur Einigung gekommen zu sein. Griechenland wird seine Pläne in Smyrna als Jaramorgana betrachten müssen, dafür aber werden die Türken sich vorläufig mit der Ausübung von „Mandaten“ durch die Alliierten in Syrien und Mesopotamien abfinden müssen, denn auf die Dauer werden sie sich sowenig wie die Ägypter und Indier von der Entente ausbeuten lassen. Das zeigt schon das Bündnis mit Russland.

Was nun das russische Problem anbelangt, so sind an ihm sämtliche Großmächte interessiert, politisch wie wirtschaftlich. Bekanntlich sollte schon in Cannes das russische Wiederaufbauprogramm erörtert werden. Man wollte auch Deutschland zum Wiederaufbau zulassen, aber nur, damit es umso mehr Reparationen zahlen könne. Die Frage soll jetzt grundsätzlich in Genua entschieden werden, wo die wirtschaftlichen Probleme Mittel- und Osteuropas zur Erörterung stehen sollen. Wir müssen gestehen, daß wir nach dem Eklat von Cannes der Konferenz in Genua mit äußerstem Mißtrauen entgegensehen, denn ob sich die Entente kapitalisten mit den Bolschewisten verständigen können, erscheint uns sehr fraglich. Dieses Mißtrauen dürfte umso mehr gerechtfertigt sein, als die englisch-französischen Bündnisverhandlungen nicht nur gegen Deutschland gerichtet sind, sondern französischerseits auch noch eine ausgesprochene Spitze gegen Russland haben, von dem man wohl nicht mit Unrecht annimmt, daß es die durch die geschaffene Trennung von Europa durch die Randstaaten nicht als endgültige Regelung betrachtet. Deshalb will auch Frankreich den Bündnisfall für gegeben ansehen, wenn Polen von Deutschland oder Russland angegriffen werden sollte. Die Franzosen wollen also ganz sicher gehen; die von ihnen geschaffenen Bündnisysteme im Süden, Südosten und Osten sollen nun noch durch das große Garantieabkommen mit England ihre Krönung erhalten, dann kann Frankreich getrost nach Genua gehen, und vielleicht auch die Wirtschaftsprobleme weniger vom politischen Gesichtspunkt aus behandeln, weil es ja die Bedingung stellen will, daß man dort von den Reparationen nicht sprechen darf.

Trotsky über Genua.

Moskau, 25. Jan. Auf der Konferenz der Arbeiterjugend hielt Trotsky eine Rede, in der er u. a. sagte: Russland ist die einzige Macht in der ganzen Welt, die die Bourgeoisie bisher nicht beseitigen konnte und niemals beseitigen wird. Die Sowjetrepublik und das bürgerliche Europa sind mit zwei geschworenen Feinden zu vergleichen, die zusammen das Abteil eines Eisenbahnwagens besteuern. So müssen auch wir eine Zeitlang mit den Bourgeoisestaaten leben. Ob es für uns viel Zweck hat, nach Genua zu gehen, mag zweifelhaft sein. Aber es ist zu bemerken, daß Frankreich zerft kapituliert hat und jedenfalls werden wir nicht verlieren, wenn wir auf der größten internationalen Konferenz, die je einberufen worden ist, mit mehreren Gruppen gleichzeitig verhandeln können.

Die amerikanische Regierung für Verschiebung der Konferenz von Genua.

W. T. B. London, 25. Jan. „Daily Mail“ meldet aus New York, das Washingtoner Kabinett sei zu dem Schluß gekommen, daß die Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Wirtschafts- und Finanzkonferenz in Genua am 8. März unter den bestehenden Umständen keinen nützlichen Zweck haben könne. Präsident Harding würde persönlich gerne Amerika in Genua vertreten sehen, wenn irgend eine Aussicht bestände, daß die Konferenz zu guten Ergebnissen führe. Handelssekretär Hoover und Schatzsekretär Mellon teilten die Ansichten des Präsidenten, der verschiedene Konferenzen über diese Frage mit Staatssekretär Hughes und Senator Lodge gehabt habe. Das Ergebnis dieser Konferenzen sei eine Mitteilung, daß das Kabinett gegen eine Teilnahme an der Konferenz von Genua ist, bevor 1. Russland sich bereit erklärt, den größten Teil des Roten Heeres zu entlassen, und wirkliche Zusicherungen seiner Fähigkeit und Entschlossenheit gibt, für eine stabile Regierung zu sorgen und 2. Frankreich sein Heer auf seine Friedensstärke herabsetzt und sein Budget, das jetzt mit Rüstungen schwer belastet ist, ins Gleichgewicht bringt. Sehr stark soll sich Hughes der Beteiligung Amerikas an der Konferenz in Genua widersetzen. Er sei der Ansicht, die Konferenz könne, solange der Geist der französischen Politik keine Verränderung erfahre, die wirtschaftlichen Probleme, die auf Europa und der Welt lasten, nur politisch in Angriff zu nehmen suchen.

Um das englisch-französische Bündnis.

Paris, 25. Jan. (Drath. W.-B.) Der „Petit Parisien“ beschäftigt sich in einem Leitartikel mit den bevorstehenden Verhandlungen zwischen Frankreich und England. So wie die Öffentlichkeit in Frankreich und England gestimmt

sei, werde man nichts gewinnen, wenn man in brüster Weise den Schutzvertrag abschleife. Jedoch würde es übertrassen, wenn man die Verhandlungen, die dem Abschluß des Schutzvertrages vorausgehen sollen, beschränken wollte auf die drei großen Fragen: Konferenz von Genua, Vertrag von Angora, Statut von Tanger. Denn es gebe noch eine Frage, über die sich die beiden Länder einig sein müßten. Das sei die Frage der endgültigen Festsetzung der Grenze von Polen, genauer gesagt, die Grenze von Litgaltzen. Eine weitere Frage, die man nicht unbeachtet lassen dürfe, sei die Aushebung der Kontrolle über die ägyptische Schuld. Auch weniger wichtige Probleme würden noch zu lösen sein, sobald der Meinungsaustausch notwendigerweise länger dauern werde. Deshalb sei es unwahrscheinlich, daß die Regierungen das Ende der gesamten Aussprache abwarten, um den geplanten Schutzvertrag zu unterzeichnen. Die Unterzeichnung müsse erfolgen, sobald der Text des Vertrages feststehe und sobald man sicher sei, daß in keiner anderen Frage ein Konflikt zu befürchten sei. — Der Londoner Berichterstatter des „Echo de Paris“ betont in seinem Sonderbericht, daß die Verhandlungen über den englisch-französischen Garantievertrag ohne allzu günstige Aussichten eröffnet wurden. Man könne überhaupt in England Desinteressement an allen Fragen beobachten, die mit dem europäischen Kontinent zusammenhängen. Besonders die Meinung der Liberalen und der Arbeiterpartei sei ausgesprochen gegen ein französisch-englisches Abkommen. Die Devise dieser beiden Gruppen sei: Kein Zweimächte-Abkommen, sondern inter-europäisches Abkommen.

Das Steuerkompromiß gesichert.

Der Vorschlag der bürgerlichen Mittelparteien.

Berlin, 25. Jan. Dem „Stutig. Neuen Tagbl.“ wird gemeldet: Die interfraktionelle Besprechung der bürgerlichen Mittelparteien mit der Mehrheitssozialdemokratie führte zu folgendem Kompromiß, das aller Wahrscheinlichkeit nach die Billigung der Fraktion finden dürfte: Die Frage der Veranlagung nach dem Ertrag oder gemeinen Wert wird aus dem Kompromißproblem heraus gehoben. Das Plenum des Reichstages soll darüber durch Mehrheit entscheiden. Die Nachkriegsgewinnsteuer fällt fort, desgleichen die sofortige Einziehung der beiden letzten Drittel des Reichsnotopfers. Es bleibt bei dem bisherigen Stand der Reichsnotopferveranlagung. Die Zuschläge zur Vermögenssteuer werden anstatt auf die geforderten 300 Prozent auf 200 Prozent festgesetzt. Für die Vermögenssteuer werden Sätze veranschlagt, die sich zwischen denen der Regierungsvorlage und den Beschlüssen des Ausschusses bewegen. Der Reichskanzler gibt eine Erklärung des Sinnes ab, daß sämtliche Steuerföhe einer Nachprüfung zur Angleichung an den heutigen Geldwert zu unterziehen sind. Dafür sind die bürgerlichen Parteien damit einverstanden, daß die Regierung ein Ermächtigungsgesetz zur Auslegung einer Zwangsanleihe bis zur Höhe von einer Goldmilliarde erläßt. Diese Anleihe ist sofort verzinslich zu einem niedrigen Zinsfuß, damit die veranlagten Anleihezeichner auf ihre Anteile Verleibungsmöglichkeit haben. Die Mehrheitssozialdemokratie hatte bekanntlich verlangt, daß die Anleihe für die ersten fünf Jahre zinslos sein soll. Die Veranlagung für die Anleihe soll auf Grund des Verfahrens für das Reichsnotopfer, und zwar vorläufig erfolgen für den Teil der eventuellen Anleihezeichner, bei denen die Feststellung dieser Anteile sofort möglich ist. Die Regierung soll schließlich Garantien sachlicher und persönlicher Art geben, daß die Gelder aus der Anleihe nur zu Zwecken der inneren Wirtschaft benutzt werden und daß alle Anstrengungen zur Bilanzierung des Etats und zur Beseitigung der Fehlbeträge bei den Reichsmonopolbetrieben gemacht werden.

Die U. S. P. zur Frage des Steuerkompromisses.

Berlin, 26. Jan. Ueber den Verlauf der Besprechungen des Reichskanzlers mit den Vertretern der Fraktion der U. S. P. veröffentlicht die Zentralleitung und die Reichstagsfraktion der U. S. P. in der „Freiheit“ eine längere Erklärung, in der mitgeteilt wird, daß der Steuerkompromißvorschlag der bürgerlichen Parteien in einer gestern nachmittag abgehaltenen gemeinsamen Sitzung der Zentralleitung und der Reichstagsfraktion einstimmig abgelehnt wurde. Bei ihrer Stellungnahme, so heißt es in der Erklärung, war für die Fraktion entscheidend, daß die Zwangsanleihe in keiner Weise geeignet ist, eine Sanierung der Reichsfinanzen und damit einen Stillstand der Notenpresse mit ihrer preissteigernden Wirkung herbeizuführen. Diese Zwangsanleihe würde nicht ausreichen, die Reparationsverpflichtungen zu decken und somit den inneren Etat weiter belasten. Abgesehen von den schweren Mängeln des Kompromisses könne die Zwangsanleihe nur eine gewisse Entspannung der Valutaischwierigkeiten im Augenblick bringen. Eine Steuerreform, die geeignet sei, die Verschuldung des Reichs zu beseitigen, erseheime der U. S. P. nach wie vor durch folgende Maßnahmen möglich, die außer den von der

Regierung vorgeschlagenen Besteuerungen notwendig seien: 1. Sofortige Erfassung der Goldwerte, 2. sofortige Erhebung des Restes des Reichsnotopfers, 3. sofortige Einziehung der bisherigen Steuern von den Besitzenden, 4. Erhöhung der Ausfuhrabgaben und schärfere Erfassung der Auslandsdevisen.

Berlin, 25. Jan. Der Vorschlag, eine Zwangsanleihe von 40 Milliarden, die 5 Jahre hindurch unverzinslich bleiben soll, auszuschreiben, geht von dem Reichskanzler aus. Die endgültige Entscheidung liegt noch bei den einzelnen Fraktionen, die heute Nachmittag um 3 Uhr zur Beratung zusammengetreten sind. Wie das „Berliner Tageblatt“ hört, ist die Sozialdemokratie bereit, dem Vorschlag des Reichskanzlers näher zu treten.

Berlin, 26. Jan. Die bürgerlichen Parteien des Reichstags (Deutsche Volkspartei, Bayerische Volkspartei und Demokraten) traten heute im Reichstag zur Besprechung des Steuerkompromisses zusammen und tagten von 10 Uhr bis 1/2 11 Uhr. An den Besprechungen nahmen wiederum der Reichskanzler Dr. Brüning, der Finanzminister Dr. Hermes und Dr. Walter Rathenau teil. Das Ergebnis der Besprechungen war, daß eine einmalige Zwangsanleihe im begrenzten Betrage von 40 Milliarden Papiermark zur Deckung des Stats für 1922 erhoben und auf die Einziehung des zweiten Drittels des Reichsnotopfers verzichtet wird. Die Zwangsanleihe soll in engste Verbindung mit den Steuervorlagen gebracht werden, aber wegen der technischen Schwierigkeiten erst später zur Durchführung gelangen.

Berlin, 26. Jan. Die größte Differenz, schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die die heute wiederum beginnenden interfraktionellen Besprechungen noch zu klären haben, ist ein ausdrückliches Garantieren der Deutschen Volkspartei, die persönliche und sachliche Gewähr dafür wünscht, daß vor allen Dingen und unter der bestimmten Voraussetzung einer schleunigen Sanierung des Stats der Eisenbahn- und der Postverwaltung das Ergebnis der Zwangsanleihe nur für Reparationszwecke verwendet wird, soweit sie notwendig sind. — Ueber die gestern abend gegen 9 Uhr beendete Fraktionsberatung der Mehrheitsfraktion berichtet die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, daß diese eine für mehrere Jahre unverzinsliche Zwangsanleihe wünscht. Ganz entschieden habe die Fraktion sich gegen eine augenblickliche Erweiterung der Regierungskoalition nach rechts ausgesprochen.

Berlin, 26. Jan. Ueber die Einzelheiten des vereinbarten Steuerkompromisses wird noch gemeldet: Die Zwangsanleihe soll besonders deshalb niedrig verzinst werden, um den Anleihezeichnern die Möglichkeit zu lassen, ihrerseits Geld durch Anleihe aufzunehmen. Die Veranlagung zur Zwangsanleihe erfolgt, soweit das möglich ist, auf Grund des Veranlagungsverfahrens über das Reichsnotopfer, solange die neue Vermögensveranlagung noch nicht durchgeführt ist. Bei der Einziehung des zweiten Drittels des Reichsnotopfers soll es bei der Beschränkung auf 40 Prozent nach der Regierungsvorlage verbleiben. Die Zuschläge zur Vermögenssteuer werden auf 200 statt 200 Proz. festgesetzt. Bei der Vermögenssteuer wird der sogenannte mittlere Tarif durchgeführt. Die Nachkriegsgewinnsteuer fällt fort. Ueber die Wertermittlung bei landwirtschaftlichen Grundstücken nach dem Ertragswert wird durch die Abstimmungen im Plenum entschieden werden. Schließlich soll der Reichskanzler die Erklärung abgeben, daß sämtliche Steuererlasse mit ihren Tarifen nachprüft werden sollen, ob und in wie weit die Steuerlast dem heutigen Geldwert noch entsprechen.

Ausland.

Der neue französische Wiederaufbauminister über sein Programm.

Paris, 25. Jan. Der neue Minister für die befreiten Gebiete, Raibet, hat sich heute Vormittag zu Pressevertretern über sein Wiederaufbauprogramm ausgesprochen. Er versicherte, den Wiederaufbau im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten beschleunigen zu wollen. Finanzminister de Lafont habe bereits die Gewähr gegeben, daß das Wiederaufbauprogramm der vorangegangenen Regierung durchgeführt werden könne. Dieses Programm werde sobald als möglich wieder normale Verhältnisse herstellen. Der Minister rechne vor allem auf die Unterstützung der privaten Industrie. Er stehe dem Vertrag

44) Im Hause des Kommerzienrates.

Roman von C. Martitt.

Es hatte etwas Bornmütiges, Verbissenes in ihrem Hören. Heiden Kommerzleute gelegen, als sie gegen zehn Uhr aus dem ersten Stockwerk herabgenommen war. Sie, der gesteuerte Mittelpunkt der geistigen Arbeit, das schöne Mädchen, dessen geistiges Uebergewicht, dessen scharfes Urteil für alle Bekannten maßgebend war, hatte heute zu ihrer tiefsten Enttäuschung die lästliche Rolle einer Ueberflüssigen droben in dem „logenannenen“ Krankenzimmer spielen müssen. Außer Henriette, die, auf einem Sofa sitzend, um keinen Preis Rathe verlassen wollte, war auch die Tante, Doktor als Pflegerin erschienen. Sie hatte gleich ein Unterkommen in der Villa suchen müssen, denn auf dem Hause am Gänge, das ja der Unglücksfälle am nächsten lag, waren die Schlafstube eingestürzt; an der südlichen Hausmauer zeigte sich bedenkliche Risse und Sprünge; die Fenster lagen in Trümmern, und keine der Turen zeigte mehr in Schloß und Anger. — Eine Freundin der Tante Valonius, die mit ihr nach des Doktors Verzeirung das Haus hatte bewohnen sollen, um schon eingezogen war, hatte man mit der Köchin in der Schloßmühle bei Sule untergebracht, und für die Nacht hatte der Doktor zwei Wagner an dem verlassenen Hause aufgestellt.

Am Bette der Verletzten war kein Platz für Flora gewesen. Zu Haupten hatte die Tante, ernstlich verweint in einem Lehnstuhl gesessen, und ihr gegenüber der Doktor. „Die Alte“ hatte sich gebückt, als sie Käthes ungeführliche Stirnwunde, ihre angestrichelte Betäubung das Allerbelagenswerteste, das der unheilvolle Tag überhaupt gebracht habe, und der Doktor war nicht von seinem Platz gewichen — er hatte Käthes Hand nur aus

der Sachlieferung, den sein Vorgänger, Loucheur, in die Wirklichkeit umzusetzen begonnen habe, durchaus freundlich gegenüber. Die Abmachungen, die zur Zeit noch der Prüfung der allierten Regierungen unterlägen, würden die wünschenswerten Vorsichtsmaßnahmen enthalten, um die französische Industrie nicht zu schädigen. Nach seiner Ansicht hätten die Geschädigten alles Interesse an der Annahme aller dieser Lieferungen, die eine vorteilhafte Ergänzung zu den Hilfsmitteln des Budgets bildeten.

Englische Maßnahmen gegen die deutschen Spielwaren.

Das englische Handelsministerium hat eine Kommission ernannt, die in Uebereinstimmung mit dem Gesetz zum Schutz der britischen Industrie vom Jahre 1921 besondere Bestimmungen bezüglich der Einfuhr von deutschen Spielwaren ausarbeiten soll. Aus den Kreisen der englischen Interessenten werden zahlreiche Klagen laut, daß die deutschen Spielwaren in England infolge des niedrigen Standes der Mark billiger verkauft werden, als derartige Waren in England überhaupt hergestellt werden können.

Bermischtes.

Die Hungersnot in Rußland.

Genf, 26. Jan. Die erste Konferenz des Internationalen Komitees für die Rußlandhilfe wählte den Vertreter der schwedischen Regierung und des schwedischen Roten Kreuzes, Cederkrantz, zum Vorsitzenden und den tschechischen Regierungsvertreter und Vertreter des Roten Kreuzes, Temel-Chirja, zum 2. Vorsitzenden. Nach einem ausführlichen Bericht des Oberkommissars Nansen über die Lage und über die Hilfsstätigkeit in den russischen Hungergebieten und verschiedenen Berichten über die finanzielle Lage des Komitees und der sanitären Verhältnisse in Rußland sprach die Konferenz einstimmig Nansen ihr Vertrauen für seine Tätigkeit aus. Hierauf wurden die einzelnen Verhandlungsgegenstände wie Organisation des Komitees, Beschaffung von Mitteln usw., verschiedenen Ausschüssen zur Vorberatung überwiesen.

Genf, 26. Jan. In seinen gestrigen Ausführungen auf der Konferenz des internationalen Komitees für die Rußlandhilfe schilderte Nansen die furchtbare Hungersnot in Rußland, die unaufhörlich weiter um sich greift und nunmehr ein von fast 230 Millionen Menschen bewohntes Gebiet umfasse. 90 Millionen seien unmittelbar vom Tode bedroht, davon 15 Millionen jedenfalls rettungslos dem Tode verfallen. Es war ein ernster Augenblick, als Nansen erklärte, daß alle diese Menschen hätten gerettet werden können, wenn sein Appell im September gehört worden wäre. Wenn aber diejenigen, denen noch zu helfen sei, nicht ebenfalls umkommen sollten, so müßten die Regierungen jetzt eingreifen und dürfen keinen Tag mehr verlieren.

Die Grippe im Ausland.

Die Grippe, die bei uns ihren Höhepunkt überschritten zu haben scheint, wüthet mit unverminderter Heftigkeit in zahlreichen anderen Ländern. Aus Stockholm wird berichtet, daß die Hälfte der Bevölkerung von der Krankheit ergriffen sei. Von den Ministern sind vier durch Krankheit von ihrer Tätigkeit ferngehalten, und allein in der schwedischen Armee zählt man 1000 Erkrankungen. In Kopenhagen sind 600 Fälle festgestellt. Doch scheint auch hier die Seuche mild zu verlaufen, denn es kommen wenig Todesfälle vor. In Paris werden täglich etwa 80 an Grippe Erkrankte in die Krankenhäuser eingeliefert, doch sind seit dem 1. Januar nur 18 Todesfälle eingetreten. In London ist die Ausbreitung der Krankheit in den südlichen und nordöstlichen Vierteln der Stadt stärker als im Westen. Sie ergreift mit unglaublicher Schnelligkeit neue Gebiete, scheint aber in einigen Gebieten Englands bereits an Heftigkeit nachzulassen, während in anderen noch eine Steigerung zu beobachten ist. Am schlimmsten sind die Verhältnisse im Northumberland; von da aus breitet sich die Krankheit wieder nach Norden aus. In Edinburgh und Leith sind 22 000 Erkrankungen unter den Schulkindern gemeldet, das sind 35 Prozent der Gesamtzahl. Die städt. Behörden funktionieren schlecht wegen der großen Lücke ihres Personals, und Fälle werden berichtet, wo Geschäfte geschlossen werden müßten, weil der Inhaber mit seiner Familie und sämtlichen Angestellten erkrankt ist.

der seinen gelassen, wenn der Um Schlag auf ihrer Stirn erneuert werden mußte. Ein solch besorgnisvolles Gebaren um „das robuste, lange Mädchen mit den Kerzen und Gliedern der ehemaligen Holzhaderstochter“ widerprüdlos mit anzusehen, dazu hatte denn doch für Flora ein vollgerütteltes Maß Geduld und Selbstüberwindung gehört.

Des ewigen bangen Geistes müde und einsehend, „ah sich heute mit all den verwirrten Menschen kein vernünftiges Wort reden laß“, war die schöne Braut endlich hinabgestiegen. Zu Betre war sie selbstverständlich auch nicht gegangen; sie hatte das verunglückte Polsterabende abgestreift, ihre schmerzhaften Glieder in den weißen Kauchmischlarod von griechischem Zuschnitt gehüllt und sich gegen Morgen ein wenig auf das Kuchbett hingestreckt.

Jetzt, mit Tagesanbruch, hatte Flora hinaufgeschickt und den Doktor zu sich bitten lassen — sie hörte ihn sicheren, militärisch isten Schrittes durch den Gang kommen. Mit eisigen Händen die verhöhenen Stirnläden unter den Spigen des Morgenshäubchens noch einmal zurechtzupfend, drückte sie das weiße Warmergeißel tiefer in die roten Polster und sah blinzelnd nach der Tür, durch die er eintreten mußte.

Er tritt über die Schwelle. Sie hatte ihn noch nie so gesehen, und deshalb erhob sie sich unwillkürlich, als trete ein fremder Mann herein.

„Ich fühle mich unwohl, Lea“, sagte sie unsicher und ohne den Blick des Erstaunens von dem Gesichte wegzuwenden, das bleich, überwacht und dennoch wie von einem inneren Lichte belebt und durchleuchtet, plötzlich einen so völlig veränderten Ausdruck angenommen hatte. „Mein Kopf brennt — der Schreitel und durchnähte Füße haben mir jedenfalls ein Fieber zugezogen.“ Sie legte das stotternd hinzu, während seine Augen kalt prüfend mit der beobachtenden Ruhe des Arztes über ihre

Deutschland.

Die Antwort an die Reparationskommission festgesetzt.

Berlin, 26. Jan. Wie die Blätter melden, wird das Reichskabinett heute Vormittag zu einer Besprechung über die Antwort an die Reparationskommission zusammenzutreten. Die Antwort soll übrigens so weit fertiggestellt sein, daß nur die Punkte ergänzt zu werden brauchen, deren endgültige Formulierung vor dem Zustandekommen des Steuerkompromisses nicht möglich war. — Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ hört, wird die Antwort an die Reparationskommission bereits im Laufe des heutigen Tages der Kriegslastenkommission übermittelt werden.

Der preussische Finanzminister über die Wirtschaftskraft der Einzelstaaten und Gemeinden.

Berlin, 25. Jan. Im Landtag führte bei Einbringen des Haushaltsplanes für 1922 Finanzminister Dr. Richter u. a. aus: Der Haushaltsplan schließt in Einnahmen und Ausgaben mit über 20 Milliarden Mark ab. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahre eine Steigerung von 3519 Millionen. Aus der Reichseinkommensteuer fließen uns rund 12 400 Millionen zu. Davon erhalten die Gemeinden rund 2800 Millionen. Der Haushaltsplan für 1921 wies einen Fehlbetrag von 24 Milliarden auf, der zu decken ist. Im Reichshaushaltsplan sind jetzt die Einnahmen aus Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer ganz bedeutend gewachsen. Das muß auch für Preußen eine Steigerung der Einnahmen aus diesen Quellen um 2225 Millionen bedeuten.

Berlin, 25. Jan. Finanzminister Dr. v. Richter führte im preussischen Landtag u. a. noch folgendes aus: Dieser Verbesserung stehen aber außerordentliche Mehrausgaben gegenüber, insbesondere die durch die Verbesserung der Beamtenbesoldung verursachten. Der Gesamtanteil Preußens an den Steuereinnahmen des Reiches wird sich gegen das Vorjahr um rund 4 Milliarden steigern. Der Minister wies dann auf die ungeheure Belastung hin, die dem Staat aus der durch die Geldentwertung bedingten Erhöhung der Beamtengehälter erwachsen. Die Länder können unter diesen Umständen ihren Verpflichtungen nur nachkommen, wenn sie vom Reich nicht nur Zuschüsse, sondern auch Zuschüsse erhalten. Das Reich knüpft daran allerdings Bedingungen. Bei der schlechten finanziellen Lage des Reiches aber ist es verständlich, daß es von den Ländern die allerparianste Wirtschaft verlangt. Einige Gemeinden haben tatsächlich bei der Bemessung ihrer Beamtengehälter nicht das Maß gehalten, das durch die schlechte Finanzlage geboten war. Es geht nicht an, daß die Staatsbeamten schlechter bezahlt werden als die Gemeindebeamten in gleicher Stelle. Nur durch einen Zuschlag zur Einkommensteuer könnte die Wirtschaftskraft der Länder und Gemeinden vermehrt werden und die Länder und Gemeinden werden dieses Ziel nie aus den Augen verlieren. Es muß möglich sein, die staatlichen Betriebe beweglicher und kaufmännisch modern zu gestalten. Die in London übernommenen Kosten haben sich für uns schon um mehr als das Dreifache vermehrt. Die letzten Stimmen aus London zeigen die Einsicht, daß eine gewisse Wirtschaftsharmonie aller Länder notwendig ist. Nicht irgendwelche Sympathie für uns, aber das eigene Interesse der Länder wird sie nötigen, sich die Frage vorzulegen, ob sie mit der Fortsetzung der Preussenspolitik gegen Deutschland nicht ihre eigenen Völker an schwersten schädigen. Aus Amerika kommen auch verständliche Stimmen. Alles das läßt die Möglichkeit offen für die kleine Hoffnung, daß in absehbarer Zeit einigermaßen bessere Zeiten kommen werden. Wenn das deutsche Volk sieht, daß es nicht vernichtet werden soll, dann wird es sein Neuestes tun, um sich seine Stellung im Leben der Völker wieder zu erinneren. Wir können nur durch Anspannung aller Kräfte, durch Arbeit zeigen, daß wir in diesen ersten Zeiten alles tun werden, um wieder zu ordentlichen staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen zu kommen.

Die hohenzollerische Anschließfrage noch nicht spruchreif.

Die Zentralfstelle für die Gliederung des Reichs hat in ihrer Besprechung am 24. Januar außer zur Frage „Groß-Berlin“ auch zu den Fragen „Hohenzollern“ und „Waldeck-Pyrmont“ Stellung genommen. Hinsichtlich Hohenzollern hat die Kommission mit Stimmenmehrheit beschlossen, daß die Entwicklung der Frage „Groß-Schwaben“ zunächst abgewartet werden müsse, ehe über die Zukunft Hohenzollerns ein abschließendes Urteil gefällt werden

zög. hinstritten. Dieser eine Blick machte ihr das Blut siedend.

„Nimm dich in acht, Brud!“ sagte sie mit völlig beherrschter Stimme, aber ihr Bufen wogte unter gepreßten Atemwegen und die schlingelwundenen Brauen hoben sich, so daß zwei „renge“, tiefe Quersalten die weiße Stirn durchschnitten. „Ich ertrage es nun schon monatelang geduldig, daß deine Praxis die Geliebte ist, der ich mich unterordnen muß.“ Sie zuckte die Achseln. „Ich sehe ein, daß das mein Schicksal bleiben wird, und gente groß genug, um mich darüber hinwegzusehen; denn diese Hingebung an seinen Beruf macht den Mann bedeutend, dessen Namen ich tragen werde; aber ich verwahre mich entschieden gegen jede Zurücksetzung, sobald ich selbst deinen ärztlichen Rat brauche.“ fuhr sie fort. „Wir alle haben unter dem zurichbaren Ereignis zu leiden gehabt — ich armes Opfer mußte bei dem Schrecken noch die halb wahnwitzige Großmama und Henriette in ihrem trostlosen Zustande unter die Flügel nehmen — ertrage nicht zu beschreibende Aufgabe. Und doch ist es dir bis zu dieser Stunde nicht eingefallen, auch nur einmal zu ragen. Wie trägt denn du das Unglück?“

„Ich habe nicht gefragt, weil ich weiß, daß bei dir dergleichen seelische Eindrücke durch den Verstand kontrolliert werden und weil ich auf den ersten Blick hin sehe, wie wenig dein torperliches Verstand in Wahrheit beeindruckt ist.“

Sie horchte bestreuet auf den Ton seiner Stimme — er wollte gelassen wie immer klingen, und doch bebte er hörbar, wie infolge ungetümmer Herzschlage.

„Was deine zweite Behauptung betrifft, so irrst du,“ sagte sie nach einem augenblicklichen Schwelgen; „ich habe in der Tat verbötes Klopfen an den Schläfen; bezüglich der eriteren aber magst du recht haben. Ich suche mich jedem Ereignis gegenüber stets so reich wie möglich zu sammeln, um es mit klarem Blick übersehen zu können. Du scheinst diese meine Tattit zu

den könne
mig folgen
Anglieder
auch das
hin schon
Land entl
liegend un
bald unter
handlung
Preußen

Die C

(36)
des Klei
nung, w
Gesandta
eines Gef
Verwaltung
Gesamtanf
schlechte
Haushalte
u. a.: Die
hiesig
sich nicht a
von eben
unterein
haltung a
stärker als
einen B
stark einge
Zusammen
erfordern
im Reiche
Schritte
berg als
halten
einer
Stellung
sich der
Glaubhaft
denn hier
gung felle
Definitiv

Das

Defin
frühere
früher
Kriegsge
tun ist
gefährdet.
Defin
ber ist d
der Rom
Defin
nem auf
kam offen
mittag z
stattend
angrenze
und bedr
Defin
wurde in
tem 3
Bermis
Fundus
der Stad
fenstamm
er bloß
aber noch
Wasser
zug eine

müßbill
doch hat
mich nie
den Ba
überdau
h. noe i
gibt wä
gester
Brud“
führen
reim d
Weg
Nacht h
Schloß
des Sch
himmel
gang u
eine Kü
Leib ge
werden
leicht n
ein Sch
Der
wandte
„Ach
was ich
Berstun
ihm un
Urteil
bin nun
müßbill
Meine

nskommission

wird das Reichskab... die Antwort an die... ergänzt zu werden... dem Zustandekommen... Wie der Berliner... Reparationskommission... Kriegslastenkommission

er über die... und Gemeinden.

Einbringen des Haus... a. a. aus: Der... mit über 20... dem Vorjahre eine... dem Einkommensteuer... 1921 wies einen... In Reichshaus... Körperschafts... Das muß auch für... diesen Quellen um

ler führte im preukir... Verbesserung stehen... insbesondere die... verursachten. Der Ge... des Reiches wird sich... Der Minister... dem Staat aus der... der Beamtengehälter... Umständen ihren Ver... Reich knüpft daran... inanziellen Lage des... Länder die aller... den haben tatsächl... das Maß gehalten...

Es geht nicht an... als die Gemeinde... Zuschlag zur Einkom... der und Gemeinden... werden dieses Ziel... sein, die staatlichen... zu gestalten. Die m... schon um mehr als... aus London zeigen... wie aller Länder not... aber das eigene... Frage vorzulegen, ob... den Deutschland nicht... aus Amerika kommen... Möglichkeit offen für... germaßen bessere Zei... nicht, daß es nicht... tes tun, um sich seine... Wir können nur... gen, daß wir in die... zu ordentlichen sta... men.

ubfrage... des Reichs hat... ußer zur Frage... ohenzollern" und... men. Hinsichtlich... Stimmenmehrheit... age „Groß-Schwa... che über die Zu... teil gefällt wer...

the das Blut siedet... völlig beherrschter... Atemzugen und... o daß zwei „renge... tten. „Ich ertrage... ne Praxis die Ges... Sie zude die Ach... bleiben wird, und... quiegen; denn die... re bedeutend, dessen... re mich entziehden... nen ärztlichen Rat... ter dem jurdisbaren... er mußte bei Rem... ama und Henriette... el nehmen — erie... es dir bis zu die... al zu tragen. Wie

daß bei dir der... kontrolliert wer... che, wie wenig dein... tigt ist.“

mer Stimme — er... hiebt er hörbar,

so irrst du.“ sagte... ich habe in der Tat... der erliten aber... Ereignis gegen... um es mit klarem... je meine Tatit zu

den könne. Bezüglich Waldeck-Pyrmonts wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt: Die Zentralstelle stimmt der Angliederung Pyrmonts an Preußen zu. Sie hält aber auch das Weiterbestehen des Landes Waldeck, das ohnehin schon seit 45 Jahren eines selbständigen Lebens als Land entbehrt, nicht als im Sinne der Reichsverfassung liegend und empfiehlt dem Reichsminister des Innern, sobald unter Anhörung der Waldecker Bevölkerung Verhandlungen wegen einer Vereinigung Waldecks mit Preußen herbeizuführen.

Die Errichtung einer bayerischen Gesandtschaft in Stuttgart.

(SGB) München, 24 Jan. Das bayerische Staatsministerium des Innern unterbreitet dem Landtag den Entwurf einer Verordnung, wonach vom 1. Februar 1922 an in Stuttgart eine bayerische Gesandtschaft errichtet wird. Der Gesandtschaft soll außer der Stelle eines Gesandten nach Besoldungsgruppe E 2 noch die Stelle eines Verwaltungsoberinspektors nach Gruppe 9 zugewiesen werden. Der Gesamtaufwand beträgt für den Rest des Haushaltsjahres 1921 (einschließlich der einmaligen tatsächlichen Ausgaben) 220 000 M., für das Haushaltsjahr 1922 rund 250 000 M. In der Begründung heißt es u. a.: Die Voraussetzungen, von denen man bei der Aufhebung der bisherigen Gesandtschaften in Stuttgart und Dresden ausging, haben sich nicht als zutreffend erwiesen. Zwar sind die hiesigen Aufgaben von ehemals weggefallen. Dafür aber ist das Bedürfnis der Länder, untereinander Fühlung zu halten, heute in einer Zeit völliger Neugestaltung aller politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse ungleich stärker als früher. Die neue Reichsverfassung hat allerdings die eigenen Zuständigkeiten der Länder auf dem Gebiete der Gesetzgebung stark eingegrenzt; diese Einschränkung hat jedoch die Fragen, die ein Zusammenwirken der Länder bedingen, nicht vermindert, sondern vermehrt. Jeder Tag bringt hier neue Aufgaben, die eine wechselseitige Kenntnis der gegenseitigen Strömungen und Bedürfnisse erfordern. Diesem Bedürfnis vermag eine fallweise Aufnahme der Verhandlung weder unmittelbar bei den einzelnen Regierungen, noch im Reichsrat zu genügen. Die anderen Länder sind daher dem Schritte Bayerns im Jahre 1920 nicht gefolgt; sowohl Württemberg als auch Sachsen haben ihre Vertretungen in München beibehalten. Das Recht der Länder, diplomatische Vertretungen untereinander zu unterhalten, ist nicht zweifelhaft. Bei der besonderen Stellung der süddeutschen Länder untereinander und im Reich macht sich der Mangel einer bayerischen diplomatischen Vertretung bei Württemberg, Baden und Hessen besonders nachteilig geltend. Der Gleichsatz der Svariankeit darf von diesem Schritt nicht abhalten; denn hier handelt es sich um eine Aufgabe, die ohne schwere Schädigung lebenswichtiger politischer und wirtschaftlicher Interessen der Öffentlichkeit nicht länger liegen bleiben darf.

Das Dessauer Landestheater niedergebrannt.

Dessau, 25 Jan. (140 Uhr mittags) Das Friedrichstheater, das frühere Hoftheater, steht seit einer Viertelstunde in Flammen. Der riesige Gebäudekomplex bildet ein einziges Flammenmeer. An Rettung ist nicht zu denken. Das Elektrizitätswerk der Stadt Dessau ist gefährdet.

Dessau, 25 Jan. Das Friedrichstheater ist völlig vernichtet. Leider ist die Kammerjängerin Frau Herking ein Opfer der Flammen geworden.

Dessau, 25 Jan. Der Brand des Friedrichstheaters, das mit seinem außerordentlich reichen Inventar als verloren zu betrachten ist, kam offenbar infolge einer Explosion auf dem Schnürboden am Vormittag zum Ausbruch, als eine Probe zu „Enges und sein Ring“ stattfand. Menschen kamen nicht zu Schaden. Das Feuer hat die angrenzenden Kammerpiele und ein großes Geschäftshaus ergriffen und bedroht weitere Gebäude.

Dessau, 25 Jan. Der Leichnam der Frau Herking wurde in dem ausgebrannten Theater in fast völlig verkohltem Zustand auf einer eisernen Treppe liegend aufgefunden. Vermißt wird außerdem ein Friseur. Das Feuer hat den wertvollen Fundus vernichtet, den das Herzogshaus bei der Auseinanderlegung der Stadt zum Geschenk gemacht hatte, außerdem eine wertvolle Waffensammlung. Die Ursache des Brandes ist in einer Kessel-Explosion zu suchen. Um 4 Uhr nachmittags brannte das Theater nach. Die Vorbereitungen waren durch die Kälte erschwert. Das Wasser gefror in den Schläuchen. Magdeburg entsandte mit Sonderzug eine Dampfbombe.

nichtbilligen, wie ich aus deinem letzten Tone entnehme, und doch hast du gerade heute alle Urteile, sie zu preisen. Ich habe mich nie überreden lassen, mit meinen vom Papa geerbten „alten Papieren zu spekulieren — hätte ich mithin nicht auch bei überhöhenalichen Glücksfällen den Kopf oben behalten, wann habe ich heute hier vor dir mit leeren Händen — meine Mittgüt wäre verpufft, wie das unermessliche Papiervermögen, das gestern in alle Winde geflogen ist. Ja, sieh mich nur an. „Brud“ sie dämpfte ihre Stimme. „Ich lasse mich nicht irreführen und nenne die Dinge beim Namen. Die Großmama rein drüben auf und ab und ringt die Hände, daß der teufelige Böß Fremden quälte; uniere lieben Goite haben die „albe Nacht hindurch den reichen Mann beklagt und beweint, der ein Schöplind des Glüdes gewesen sei, den die bosharte Fronte des Schicksals in so tragischer Weise mitten aus seinem Erdenhimmel geritten habe — ich aber sage: der theatraische Abgang war murelmäßig in Szene gesetzt; in den Kulissen ist eine Lude geblieben, durch die man der Wirklichkeit „in den Leib gehen wird. In Kürze, vielleicht in den nächsten Tagen, werden die Gerichte feststellen haben, daß Römer anianus vielleicht nur ein sehr leichtsinniger Spetulant, schließlich aber — ein Schurke gewesen ist.“

Der Doktor zwakte zusammen. Mit unverhöhlener Entrüstung wandte er sich ab und trat schweigend in eine Seitenrede. „Ach, wie ich sehe, habe ich heute das Unglück, dir in allem, was ich sage zu missfallen.“ hob sie nach einem sekundenlangen Verstummen halb spöttisch, halb schmollend wieder an und ging ihm um einige Schritte nach. „Möglich, daß mein zerkühtes Urteil ein wenig zu drastisch ausgesprochen war; — aber ich bin nun einmal eine geistworene Feindin aller schwächlichen Bemäntelung und habe dabei auch alle Urteile, empört zu sein. Meine Schwester Henriette, mit deren Erbteil Römer speuliert

Berlin, 26. Jan. Wie die Blätter aus Dessau melden, haben zahlreiche Mitglieder des dortigen Landestheaters Brandwunden erlitten. Beim Rettungswerk brachen 3 Soldaten des Schützenregiments Nr 12 durch eine Decke durch und wurden unter den Trümmern begraben. Nur mit Mühe konnten sie mit schweren Brandwunden beborzogen werden.

Verhandigung des Dresdner Eisenbahnerstreiks.

Dresden, 25 Jan. Die Eisenbahner haben heute nachmittag mit ungefähr 3000 gegen etwa 30 Stimmen beschloffen, die Arbeit morgen früh wieder aufzunehmen. Die Eisenbahnverwaltung sagte zu, daß niemand wegen des Streiks gemahregelt wird.



Aus Stadt und Land.

Calw, den 26. Januar 1922.

Dienstnachricht.

Uebertragen wurde die Bahnmeisterei Brötzingen dem Eisenbahningenieur Rentzler in Calw.

Ca spiel des Pforzheimer Viktoriatheaters.

* Wir möchten nochmals auf die Veranstaltung des Pforzheimer Viktoriatheaters hinweisen. Die Gesellschaft wie das Orchester unter Musikdirektor Sonnets Leitung dürfte von den Gastspielen des letzten Jahres her noch in bester Erinnerung sein. Ueber eine Aufführung der Operette in Pforzheim schreibt der „Pforzh. Anzeiger“ u. a. folgendes: „Der Klangschönen, graziosen, mitunter auch recht witzigen Musik wurde das Theaterorchester unter Hermann Sonnets strenger Stabführung voll und ganz gerecht und die sich in die Ausführung teilenden neun Personen machten ihre Sache sämtlich ohne Ausnahme ganz ausgezeichnet. Manche der vielen Gesangs- und Tanzschlagger mußten auf klümmliches Drängen des völlig ausverkauften Hauses wiederholt werden. Nach den Utischlüssen gab es nicht endenwollenden Beifall, und die Hauptdarsteller wurden mit Blumenpenden ausgezeichnet. Die Spielleitung lag in den Händen Viktor Felix, der auch die vielen neuzeitlichen Tänze einstudiert hatte.“

Neuzeitigung der Milchpreise.

Zwischen dem Milchauschuß des Württ. Städtetags, den landwirtschaftlichen Organisationen und der Landwirtschaftskammer fanden dieser Tage Verhandlungen wegen Neuzeitigung der Milchpreise statt. Die Vertreter der Landwirtschaft forderten zunächst einen Stallpreis von 4 M für das Liter und Uebernahme der Umlafsteuer auf die Bedarfsstädte. Die Vertreter der Städte bewilligten 3 M für das Liter, weil bereits am 1. Januar ein wesentlicher Aufschlag erfolgt ist. Da eine Einigung nicht zu erzielen war, wurden die Verhandlungen abgebrochen, damit die Preisfrage unter den Parteien besprochen werden konnte. Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen erklärten sich die Städtevertreter bereit, 3,40 M ab Sammelstelle und einchl. Umlafsteuer zu bezahlen, während die Vertreter der Landwirtschaft ihre Forderungen auf 3,50 bezw. 3,70 M ermäßigten. Die Vertreter der Landwirtschaft beharrten auf ihrer Forderung. Der Milchauschuß des

hat, wird mit dem Zusammenstürze bettelarm, und Tälte? — Sei verlickert, daß ich von ihrem ganzen ungeheuren Vermögen nicht ein Papierchen gel bleibt!“

„Deito besser!“ kam es wie ein Hauch von den Männerlippen, die so jüngerlingshait rot und teusch unter dem vollen Barthe schimmerten und in diesem Augenblick sanft zu lächeln hienen.

So schwach die zwei Worte auch geklungen hatten, Floras Ohr hatte sie doch aufgefangen. „Deito besser?“ fragte sie erhaunt und schlug, halb und halb lachend, die Hände zuammen. „Sehr angenehm ist mir uniere Jüngte allerdings auch nicht, aber was hat sie denn verbrochen, daß du ihr Unglück in so befremdlicher Weise aufnimmst?“

Er biß sich wie in innerem Kampfe heftig auf die Unterlippen und preßte die Stirn an das Fensterkreuz; sie sah nachsinnend neben ihm weg, hinaus in den Garten, wo ein vergoldene Morgenstrahl das weiße Haupt der steinernen Brunnennymphe erreichte.

„So schlimm wie Henriette ergeht es Käthe allerdings nicht — die Schlozmühle bleibt ihr, und die mag schon ein hübsches Stück Geld wert sein,“ sagte sie nach einer Pause hinzu. „Dorhin kann sie sich retten, wenn hier alles zusammenbricht, und auch für uniere arme Brusttrante wügte ich keinen heiseren Zufluchtsort; beide Schwestern lieben sich ja und würden sich gewiß vertragen. Es wird uns auch nichts anderes übrig bleiben; die Großmama mit ihrem schmalen Einkommen kann unmöglich für Henriette sorgen, und dir werde ich selbstverständlich nie zumuten, die trante Schwester in uniere junge Häuslichkeit mitzunehmen.“ Sie schlang plötzlich ihren Arm in denjenigen, und sah verführerisch zärtlich zu ihm auf. „Ach Leo, wie will ich Gott danken, wenn wir morgen im Wagen sitzen werden, all das Schredliche, das nun hier erfolgen muß, im Rücken —“

Städtetags beschloß einstimmig, den Milchpreis ab 1. Februar auf 3,20 M, die Sammelgebühr auf 20 S zu erhöhen und diesen Preis den Lieferungsgegenden anzubieten. Die Preise sollen zunächst für die Monate Februar und März Gültigkeit haben. Für Stuttgart würde dies unter Einrechnung der Transport-, Verteilungs- und sonstiger Kosten einen Milchpreis von 3,90—4,00 M für das Liter ergeben.

Landwirtschaftliche Genossenschaften.

In der Zeit vom Juni 1919 bis Mai 1920 wurden 3421 landwirtschaftliche Genossenschaften neu begründet, so daß trotz der erheblichen Gebietsverluste das Deutsche Reich 31 521 landwirtschaftl. Genossenschaften, darunter 18 331 Spar- und Darlehenskassen, besitzt. Das gesamte Betriebskapital betrug Ende 1915 5 1/2 Milliarden Mark, 1918 4,6 Milliarden M., der Umsatz steigerte sich von 16 auf 22 Milliarden M. Die Zwangswirtschaft hat das Geschäft der Waren-genossenschaften nachteilig beeinflußt, ist jedoch wieder intensiver geworden.

Lehrerverein und Religionsunterricht.

Der Vorstand des Württ. Lehrervereins hält am nächsten Samstag in Stuttgart eine Sitzung, um zu der Ergebung und Unterrichtsammmlung des Ev. Volksbundes in Sachen des Religionsunterrichts Stellung zu nehmen.

Erlaß des Bischofs von Rottenburg zum Tode des Papstes.

Der Bischof von Rottenburg hat anlässlich des Todes des Papstes Benedikt XV folgendes für die Diözese Rottenburg angeordnet: 1. Der den Verstorbenen würdige Hirtenbrief wird am Sonntag, den 29. Januar von allen Pfarren verlesen. Die Gläubigen werden ermahnt, für die Seelenruhe des Heimgegangenen zu beten. 2. Das übliche Trauergelächte soll am 27., 28. und 29. Januar mittags zwischen 12 und 1 Uhr stattfinden. 3. Am Montag, den 30. Januar wird in allen Kirchen ein feierliches Seelenamt abgehalten werden.

Organistenwünsche.

Der Verein evangelischer Organisten Württembergs hat auf einer Versammlung die neueste Erhöhung der Feuerungszulage auf 100 Prozent zum Grundbesitz als völlig unzulänglich bezeichnet und neue Schritte eingeleitet zur Neuregelung der Organistenbesoldung.

Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar steht heute auf 203 Mark, der Schweizer Franken auf 39,66 M.

Wildbad, 24. Jan. Die Weiterführung der Postautolinie Wildbad-Englflörle bis Altnettingen ist von der Oberpostdirektion Stuttgart davon abhängig gemacht worden, daß die hiesige Stadtgemeinde einen Schuppen für 2—3 Kraftfahrzeuge der Postverwaltung zur Verfügung stellt. Der Gemeinderat hat das Ansuchen auf Erstellung einer Wagenremise jedoch abgelehnt.

(SGB.) Sindelfingen, 25. Jan. Nachdem die 80 Wohnungen umfassende Siedlung an der Straße nach Balingen bereits bezogen ist, sollen im laufenden Jahre weitere 150 Wohnungen, meist in Einfamilienhäuschen, mit einem vom hiesigen Gemeinderat zu den bedeutenden staatlichen Beiträgen neulich verwilligten Zuschuß von drei Millionen Mark durch die gemeinnützige Bau-genossenschaft „Bau- und Sparverein Sindelfingen“ und mit einem Zuschuß der Daimlerwerke und sonstiger Industrieller erstellt werden.

(SGB.) Stuttgart, 25. Jan. In dem Prozeß gegen Landwirte aus Heimsheim im W. Leonberg vor dem hiesigen Schwurgericht wurde am Dienstagabend das Urteil verkündet. Bäuerle alt wurde wegen erischwerten Aufruhrs und Beamtennötigung zu 7 Monaten Gefängnis, Rüd alt, Heller und Tausch zu je 6 Monaten Gefängnis und Bäuerle jung zu 400 M Geldstrafe verurteilt. Rüd jung wurde freigesprochen.

(SGB.) Ravensburg, 25. Jan. Um die erledigte Stadtvorstandsstelle haben sich gemeldet 1. Dr. Veier aus Ulm, 2. Rechtsanwält Dr. Schermann-Ulm, 3. Dr. Schmid, Amtmann in Reutlingen, 4. Josef Abrell, Amtmann in Rottweil, 5. Oberregierungsrat Manß in Stuttgart, 6. Redakteur Landtagsabgeordneter Karl Müller in Weingarten. Die Vorstellung erfolgt am nächsten Sonntag in der Turnhalle. Amtmann Dr. Schmid hat seine Bewerbung bereits zurückgezogen.

Mit einer leidenschaftlichen Gebärde, mit einem Ingrimm, wie sie ihn noch nie in diesem stillen, ersten Männeranlich geiehen, riß er sich von ihr los. „Möchtest du wirklich alle im Stiche lassen, die Armen, die in den nächsten Tagen rat- und hilflos inmitten der schredlichen Schicksalsschläge daitehen werden?“ rief er wie außer sich. „Geh, wohin du willst — ich bleibe!“

„Leo!“ schrie sie auf — dann stand sie einen Augenblick, sprachlos und rang mit einer unbeschreiblichen Erbitterung. „Du hast gewiß die Tragweite deiner allzu raschen Worte selbst nicht ermessen,“ sagte sie endlich klanglos und gepreßt. „Ich will sie deshalb nur insoweit gehört haben, als sie eine Bemerkung meinerseits nötig machen; wenn wir nicht morgen, bevor der Ausbruch erfolgt, uniere Reise antreten, dann muß uniere Verbindung überhaupt hinausgeschoben werden.“

Er schwieg und verharrte, wie zu Stein geworden, in seiner abgewendeten Stellung, und diese wortlose Unbeweglichkeit reizte sie sichtlich, ihr ganzes leidenschaftliches Naturell jantelte in den großen grauen Augen.

„Ich habe dir vorhin erklärt, daß ich zeitlebens auwichtig deiner Praxis, der Liebe zu deinem Berufe nachstehen will,“ sagte sie dringender hinzu. „Ne aber werde ich mit meinen Interessen anderen Frauen weichen — das merke dir, Leo! Ich kann nun und nimmer einsehen, weshalb ich der Großmama und meiner Schwestern wegen den jurchbaren Zusammenruß hier mit durchlämpfen soll, da mir doch das Recht zuteilt, mich in die ruhige, schügende Häuslichkeit zu flüchten, die du mir zu geben gelobt hast. Soll ich durchdas das Verznügen haben, auch ein Gegenstand des öffentlichen Mitleids zu sein? Eher gehe ich stehenden Fußes von hier fort — ich will nicht, daß man mit den Fingern auf mich zeige.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Formalitäten bei der Papstwahl.

Die Papstwahl erfolgt am 12. Tage nach der rechtmäßigen Erledigung des päpstlichen Stuhles (Tod des Papstes oder Verzichtleistung auf das Papsttum) in Rom. Zur Wahl berechtigt sind nur die in Rom erschienenen Kardinäle. Diese beziehen am 11. Tage das sog. Konklave, d. h. eine Reihe von zusammenhängenden Gemächern (je zwei für jeden Kardinal, der einen Sekretär und einen Kammerdiener mitbringen darf), die von der Außenwelt ganz abgeschlossen werden. Wählbar ist grundsätzlich jeder zum Vernunftgebrauch gelangte, rechtgläubige Katholik, der zum Empfang der Weihen tauglich ist. Dem Herkommen gemäß wird der Papst seit Bonifatius IX. (1389 bis 1404) aus dem Kreise der Kardinäle gewählt. Außerdem hat sich seit Klemens VII. (1523—1534) die Gewohnheit herausgebildet, einem Italiener die Stimme zu geben. Die Wahl selbst findet in einer hierzu besonders eingerichteten Kapelle statt und kann auf dreifache Weise erfolgen, nämlich entweder durch Zuzug (wenn alle Wähler ohne Ausnahme einstimmig und laut erklären, ein Genannter solle Papst werden) oder durch Kompromißwahl, wenn die Wähler auf ihr Wahlrecht zugunsten eines kleineren Kreises aus ihrer Mitte (ungerade Zahl von 3—8 Kardinälen, denen die übrigen selbst das Wahlverfahren vorschreiben dürfen, verzichten oder durch geheime Stimmzettelwahl. Das letztere Wahlverfahren bildet naturgemäß die Regel. Seit dem Beginn der Neuzeit beanspruchten katholische Landesfürsten das Recht, beim Konklave vor der entscheidenden Stimmabgabe gegen die Wahl eines ihnen weniger angenehmen Kandidaten durch einen Kardinal Einspruch zu erheben zu lassen. Dieses Ausschließungsrecht (Exklusiv) wurde im 18. und 19. Jahrhundert wiederholt erfolgreich geltend gemacht. Das letztemal geschah es bei der Wahl Pius X., wo der Kardinal Pugyna von Kratau ein Veto gegen die etwaige Wahl des früheren Staatssekretärs Leo XIII., Rampolla im Namen des Kaisers von Oesterreich einlegte. Pius X. verbot 1904 unter Strafe der Exkommunikation allen Teilnehmern an einem Konklave, in Zukunft von der Exklusiv, sei es auch nur in Form eines Wunsches, Gebrauch zu machen.

Am Morgen des ersten Konklavetages versammeln sich die Kardinäle auf ein Glockenzeichen in der Wahlkapelle.

Dort wird das hl. Messopfer dargebracht und die Kardinäle empfangen die hl. Kommunion. Darauf wird der Wahlakt durch die Anrufung des hl. Geistes (Veni creator) eingeleitet. Aus den Kardinälen selbst wird durch das Los ein Wahlloos bestimmt. Dann füllen die Wähler den vorgebrachten Wahlzettel aus. Sie schreiben den Namen des zu Wählenden mit verstellter Handschrift und benutzen als Unterschrift irgend eine Zahl und einen Satz (etwa: 18. Gloria in excelsis Deo). Der Wahlzettel wird dann versiegelt, aber wieder mit irgend einem Siegel (Zahlen, Buchstaben, ein Bild u. dergl.), das den Benutzer nicht verrät. Darauf trägt jeder Kardinal den Wahlzettel selbst zum Altar, auf dem ein großer Kelch steht, der als Wahlurne dient. Er kniet nieder, betet eine kleine Weile, steht dann auf und leistet mit lauter Stimme folgenden Eid: „Ich ruhe Christus den Herrn, der mich rufen wird, zum Zeugen an, daß ich den wähle, von dem ich vor Gott die Ueberzeugung habe, man müsse ihn wählen.“ Nach diesen Worten legt er seinen Stimmzettel in die Wahlurne. Jedoch darf keiner sich selbst die Stimme geben. Von den im Konklave frankliegenden Kardinälen wird der Stimmzettel durch drei eigens durch das Los bestimmte Kardinäle in verschlossener Büchse abgeholt. Nach Schluß der Stimmabgabe werden die Wahlzettel in der Urne durcheinandergeschüttelt und dann gezählt. Stimmt die Zahl der abgegebenen Wahlzettel, so werden sie verlesen, und alle Kardinäle notieren das Wahlergebnis. Darauf werden die Wahlzettel auf einen Faden gezogen, nochmals überprüft und schließlich verbrannt. Zur Gültigkeit der Wahl ist seit Alexander III. (1159—1181) Zweidrittelmehrheit erforderlich. Ist diese Mehrheit nicht erreicht worden, so muß die Wahl nachmittags oder schließlich an den folgenden Tagen so oft von neuem begonnen werden, bis das Ziel erreicht ist.

Nach rechtmäßig erfolgter Wahl wird der Gewählte von dem ersten Kardinal (Kardinaldekan) gefragt, ob er die Wahl annehme. Befragt er dies, so wird er weiter nach dem Namen gefragt, den er als Papst führen will. (Johann VII. 955—964, war der erste, der seinen Namen [Ottavian] änderte. Seit dem 11. Jahrhundert ist die Namensänderung zur feststehenden Sitte geworden). Darauf verkündet der erste Kardinaldekan vom Balkon herab dem versammelten Volke das Wahlergebnis mit den Worten: „Ich verkünde euch eine große Freude: Wir haben einen Papst, den erleuchteten und ehrwürdigsten Herrn Kardinal N.N.,

der sich den Namen befelegt hat.“ Unterdessen steht der Kardinaldekan dem Neugewählten den Fischerring an und geleitet ihn in die Sakristei. Hier wird er mit den päpstlichen Gewändern bekleidet („Immanation“). Vor dem Altare, in der Wahlkapelle sitzend, empfängt er dann die erste Huldbildung der Kardinäle, die ihm Fuß und Hand küssen, worauf die Umarmung erfolgt. Nach dem Gelang des Tebeum erteilt der Heilige Vater „Urbi et orbi“ (der Stadt und dem Erdkreise) den päpstlichen Segen.

Die Krönung des neuen Papstes erfolgt in der Regel am folgenden Sonn- oder Festtage in Verbindung mit der feierlichen Benediktion. Beim Einzuge in die Kirche zündet der Zeremoniar dreimal vor dem hl. Vater Werra an und spricht dazu die Worte: „Pater sancte, sit transit gloria munda“, d. h. Heiliger Vater, so verleihe der Ruhm der Welt. Während des Pontifikalamtes das vom Papste gefeiert wird, sprechen drei Kardinalbischofe über ihn ein Weibegebet, in dem sie nach dem Staffelsgebet den hl. Geist über ihn herabrufen. Vor der Epistel wird ihm am Grabe des hl. Apostelfürsten Petrus unter Anrufung zahlreicher Heiligen ein langes Leben und Gottes Hilfe erbetet. Nach dem Amte findet die feierliche Krönung statt. Der Papst sitzt auf einem Throne. Der zweitälteste Kardinaldekan nimmt ihm die Mitra vom Haupte und der älteste krönt ihn mit dem Papstbiadem, indem er dabei die Worte spricht: „Empfange die mit drei Kronen schmückte Tiara und wisse, daß Du Vater bist der Fürsten und Könige, Lenker des Erdkreises, Stellvertreter unseres Herrn Jesus Christus dem Ehre und Ruhm sei in alle Ewigkeit.“ Das Volk ruft hierbei „Kyrie eleison!“. Den Abschluß bildet die Verkündigung eines vollkommenen Ablasses.

Die Beisehung des Papstes.

Rom, 25. Jan. Das Kardinalkollegium hat heute beschlossen, daß die Bestattung der sterblichen Ueberreste des Papstes morgen Donnerstag um 3 Uhr Nachmittags stattfinden soll. Das Kollegium bestimme auch, daß der Feierlichkeit nur die Kardinäle, das diplomatische Korps und Vertreter der römischen Patrizierschaft beiwohnen sollen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seilmann, Calw. Druck und Verlag der H. Oelschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Oberamtsstadt Nagold.

Der am Montag, den 30. Januar ds. Js. fällige

Bieh- u. Schweine-



wird abgehalten, wozu freundlich eingeladen wird.

Den 25. Januar 1922.

Stadtschultheißenamt: Raier.

Schreib-Maschinen System „Senta“

erstklassig, deutsches Fabrikat, modernster Konstruktion u. stabiler Bauart, große Durchschlagkraft und Schreibschnelligkeit, alle Neuerungen, mittlere Größe, 1 Jahr Garantie, vorzüglich für kleinere und mittlere Betriebe. Preis komplett 4200 Mk. franko. Lieferung solange Vorrat durch:

Louis Schleh, Bürobedarf
Freudenstadt, Fernsprecher Nr. 27. —
Bestellen Sie sofort vor dem neuen Preisaufschlag



Weizen-Mehl

Samstag - Sonntag a. d. Rheinb. Abf. 11^u. Vorbesprechung Donnerstag abend 8^u Uhr im „Bürgerstübli“

pro Fund 4 Mk., bei 1 Zentner 3.70 Mk., empfiehlt

Karl Gehring, Mehlhandlung, Lederstr.

Ein schwarzes

Rock-jackett

hat im Auftrag zu verkaufen. Schühle, Vorstadt.

Sege eine schwere

Ruh

samt dem 2. Kalb, dem Verkauf aus Lörcher, beim „Lamm“, Speßhardt.

Dießelsberg
Dl. Neuenbürg.



2 Rinder

unter 4 die Wahl, verkauft Wankmüller, z. Löwen.

Jetzt
ist die beste
und gütigste
Zeit Reklame zu
machen. Praktische Geschäftsleute wissen, daß es zur Gewinnung neuer Kunden kein bequemeres Mittel gibt, als die

Anzeigen-Reklame!

Die Reklame in der Tageszeitung ist und wird immer noch das hervorragendste Mittel zur Steigerung d. Geschäfts-Umjages bleiben!

Postkarten
Adresskarten
erhalten Sie rasch in der
A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei Calw.

Ein neues, schwarzseidenes
Hochzeitskleid
hat billig zu verkaufen.
Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Geld
in jeder Höhe für alle Zwecke an jedermann geg. Kautenzahlungen durch
H. Nagl, Ravensburg,
Kästlerstr. Für Antwort 2 Mark beilegen.

Kendulach.
Eine ältere, gute
Ruh- und Schaff-
Ruh
samt Kalb
verkauft
Ludwig Fischer,
Amtsdiener.

Verkaufe eine schwere junge
Schaff-
Ruh
oder eine samt Kalb,
unter 3 die Wahl.
Näheres in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Ein
Rind
und einen 1^u Jahre alten
Stier
verkauft.
Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Die Mitglieder d. Hebammenvereins Calw haben beschlossen, entsprechend der allgemeinen Teuerung, eine Erhöhung ihrer Gebührensätze eintreten zu lassen und berechnen:

150 Mk. bei Tag, 180 Mk. bei Nacht } bel
oder bei längerer Dauer der Verrichtung } Minder-
sonst 200 Mk. bei Tag, 250 Mk. bei Nacht, } bemittelt.
oder bei längerer Dauer der Verrichtung.

Die Sätze schließen je 8 Tage Nachbehandlung ein. Bei Bedarf der ärztlichen Hilfe, Verrichtungen vor der Geburt und nach der regelmäßigen 8 tägigen Nachbehandlung werden besonders berechnet.

Gebühren bei Beistand bei Fehlgeburten:
100 Mk. bei Tag, 120 Mk. bei Nacht } bei Minder-
sonst 120—150 Mk. je einjäh. Nachbehandlung } bemittelten
von 7 Tagen.

Diese Gebühren treten ab 1. Januar in Kraft.

Der Hebammen-Verein Calw.
Im Auftrag: H. Neuffer, Vorsitzender; E. Auermann, Kassiererin; E. Ringenbier, Schriftführerin.

„Badischer Hof“ Calw.

Freitag, den 27. Januar 1922
Beginn punkt 7^u Uhr abends.

Einmaliges Gastspiel des Stadt. subv. Viktoria-theater Pforzheim

„Der Better aus Dingsda“

Operette in 3 Akten von Eduard Künneke.
(Mit vollständigem Theaterorchester).

Preise der Plätze: 12, 9 u. 5 Mark aussch. Steuer.
Vorverkauf in der Buchhandlung Kirchherr.
Der Saal ist gut geheizt.

Bezirksverein für Geflügelzucht und Vogelzucht, Calw.

Am Sonntag, den 29. Januar, nachmittags 2^u Uhr

Generalversammlung

im Badischen Hof mit der Tagesordnung: Jahresbericht, Kassenbericht, Neuwahlen, Sonntag.

Wir bitten unsere Mitglieder um recht zahlreiches Erscheinen. — Am 2 Uhr Ausschussführung. Der Ausschuss.

Klavier- und Harmonikampfer

kommt nach Calw und Umgebung. Aufträge für denselben, wolle man auf der Geschäftsstelle des Blattes oder bei uns selbst niederlegen.

Musikhaus Sattler, Pforzheim,
Abt.: Pianos u. Stimminstitut, Tel. 1210 u. 7821.